

Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/
Richard Detje/Bernhard Müller

Rechtspopulismus und Gewerkschaften



VSA: Eine arbeitsweltliche
Spurensuche

Dieter Sauer / Ursula Stöger / Joachim Bischoff /
Richard Detje / Bernhard Müller
Rechtspopulismus und Gewerkschaften

Dieter Sauer ist Sozialforscher am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) in München.

Ursula Stoeger bearbeitete die vorliegende Studie als Arbeitssoziologin am ISF in München.

Joachim Bischoff ist Mitarbeiter von WISSENTransfer und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.

Richard Detje ist Mitarbeiter von WISSENTransfer und Redakteur der Zeitschrift Sozialismus.

Bernhard Müller ist Mitarbeiter von WISSENTransfer und Redaktionssekretär der Zeitschrift Sozialismus.

Dieter Sauer / Ursula Stöger / Joachim Bischoff /
Richard Detje / Bernhard Müller

Rechtspopulismus und Gewerkschaften

Eine arbeitsweltliche Spurensuche

VSA: Verlag Hamburg

Diese Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Förderung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

und von

transform! Europäisches Netzwerk für alternatives Denken
und politischen Dialog.

www.vsa-verlag.de

www.isf-muenchen.de

www.wissentransfer.info



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: Ariane Hellinger

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-89965-830-9

Inhalt

Vorbemerkung	9
1. Einleitung	13
1.1 Rechtspopulismus im Aufwind	13
Adressatenlose Wut 13 Aufstand gegen den finanzialisierten Kapitalismus!? 15 Anrufung des »Volkes« 16 Soziale Medien 17	
1.2 Gewerkschaften und Rechtspopulismus	19
1.3 Arbeitsweltliche Spurensuche	21
1.4 Engführung: Untersuchungsansatz	25
1.5 Erhebung, Methoden und Untersuchungsfeld	28
2. Rechte Orientierungen und Aktivitäten im Betrieb	35
2.1 Klimaveränderung: Enttabuisierung rechter Meinungsäußerungen	36
2.2 Radikalisierung des Alltags	40
2.3 »Der Islam ist schuld«	42
2.4 Rechte Orientierungen und Konflikte in multiethnischen Belegschaften	43
2.5 Ressentimentgeladene Kommunikation in sozialen Medien	47
2.6 Die Wähler der AfD – Protest oder Überzeugung?	51
3. Zum Umgang der Gewerkschaften mit dem Rechtspopulismus	57
3.1 »Die IG Metall ist ein toller Haufen, aber die NPD gefällt mir mindestens genauso gut«	58
3.2 »Das sprengt den Laden« – Gefährdung von Organisationsmacht und Infragestellung des politischen Mandats gegen Rechts	65
3.3 Re-Ethnisierung statt migrantischer Firewall	68
3.4 Gewerkschaftliche Umgangsweisen mit der Neuen Rechten	72
Klare Kante und offene Tür 72 »Diversity« 76 Vorurteile und Aufklärung 78	
3.5 »Blau ist das neue Rot« – Betriebsratswahlen 2018	82

4. Arbeitsweltliche Zuspitzung – betriebliche Zustände als Nährboden für Rechtspopulismus	89
4.1 Arbeitsplatzverluste durch strukturelle Veränderungen in den Industrie- und Dienstleistungsbranchen	93
4.2 Unsicherheit und Überforderung im Prozess der Digitalisierung	99
4.3 Druck auf soziale Standards im globalen Wettbewerb	102
4.4 Unsicherheit und Niedriglöhne bei zunehmend flexiblen und prekären Beschäftigungsformen	105
4.5 Steigender Zeit- und Leistungsdruck in marktorientierten Steuerungssystemen	111
5. Ängste, Abwertungserfahrungen, Entsolidarisierung, Resignation und Wut – die subjektive Verarbeitung betrieblicher Zustände	119
5.1 Abstiegsängste	121
5.2 Zukunftsängste	125
5.3 Kontrollverlust	127
5.4 Abwertungserfahrungen und verweigerter Anerkennung	129
5.5 Enttäuschte Hoffnungen und Einsamkeit im Osten	131
5.6 Machtlosigkeit, Resignation und Wut	134
5.7 Entsolidarisierung und die Erosion von Gegenmacht	138
5.8 Gewerkschaften in der Defensive	142
6. »Enttäuschung über die Politik« – Einfallstor für den Rechtspopulismus	145
6.1 Wer vertritt auf der politischen Ebene Arbeitnehmerinteressen?	146
6.2 Verunsicherung auch über die Lebensverhältnisse außerhalb der Arbeit	149
6.3 Ostdeutschland: eine besondere Dimension der Selbstwertverletzung	152
6.4 Von der Distanz zur Politik zur Anti-Establishment-Haltung	153
Tiefe Enttäuschung über die Sozialdemokratie	155
DIE LINKE – eher keine Alternative?	157
6.5 Öffnung des politischen Feldes: die AfD als Adressat und Sprachrohr	160

7. Mangelnde Reichweite gewerkschaftlicher Politik	163
7.1 Arbeitswelt und die Vermittlung des Ressentiments.....	164
Umschlag des meritokratischen Versprechens	164
Vom gescheiterten Individualisierungsversprechen	zu einer neuen Kollektividentität 167 Geflüchtete –
Widerspiegelung der eigenen Verletzbarkeit	169
Demokratieverlust und Solidaritätszerfall	170
7.2 Fortgeschrittene Erosion von gewerkschaftlicher	
Gegenmacht.....	171
»Wir gehören zum Establishment«	172
»Bestandssicherung« ohne wirksame Veränderung	175
»Anfangen, mal wieder das Große zu denken«	179
 8. Fazit: »Man muss sich dieser Realität stellen«	183
Der »Auftritt« des Rechtspopulismus in den Betrieben.....	185
Fluchtbewegung als Dammbbruch: Enttabuisierung rechter	Meinungsäußerungen 185 Ressentimentgeladene
Kommunikation in sozialen Medien	185 Migrantische
Firewall und migrantische Rechte	186 Rechte
Normalisierung – gesellschaftsfähiger Rassismus?	187
Zum Umgang der Gewerkschaften mit dem	Rechtspopulismus 187 Rechter Protest und gewerkschaft-
Rechtes Engagement	188 Offene rechte Kritik und
»Schweigekartell«	188 Was tun, wenn die Mitglieder
gehen?	189 Rechte Betriebsräte und rechte Listen 189
Betriebliche Zustände als Nährboden des Rechtspopulismus	190
Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes	191
Permanente Reorganisation – Unsicherheit und Unruhe	191 ..
Prekarisierung	191 Leistungsdruck 192
Zur subjektiven Verarbeitung der betrieblichen Zustände	193
Regime der Unsicherheit erzeugt Abstiegs- und	Zukunftsängste 193 Die Gestaltbarkeit der eigenen
Erwerbsbiografie gerät ins Wanken	194 Fehlende
Anerkennung und Entsolidarisierung	194
Kontrollverluste – kumuliert im Osten der Republik	195
Enttäuschung über die Politik – Einfallstor für den	
Rechtspopulismus	196

Die politische Vertretung von Arbeitnehmerinteressen – eine Leerstelle 196 Verunsicherung auch über die Lebensverhältnisse außerhalb der Arbeit 197 Von der Distanz zur Politik zu einer Anti-Establishment- Haltung 197 Öffnung des politischen Feldes: die AfD als Adressat und Sprachrohr 198	
Gewerkschaften mit systemkritischem Mandat	199
Anhang	201
Gewerkschaftsaustritte – wegen Mobilisierung gegen Rechts	201
1. Mai – von Rechts aufgemischt	204
»Arbeitnehmervereinigungen« der AfD	207
Literatur	210

Vorbemerkung

Im Juli 2016 bekam die IG Metall in Berlin Besuch. Vertreter der Alternative für Deutschland (AfD) führen in der Alten Jakobstraße 149, dem gemeinsamen Sitz der Berliner Geschäftsstelle, der Bezirksleitung und der Grundsatzabteilung des IG Metall-Vorstands, vor und parkten dort ihren Lieferwagen mit der Aufschrift: *»He Gewerkschafter, wann kommt ihr endlich zur AfD? Wir Arbeiter sind schon da!«*

Eine Provokation. Gewerkschaften haben sich engagiert in die Willkommenskultur im Kontext der Fluchtbewegung 2015/16 eingebracht, haben für den zügigen Ausbau von Integrationsmaßnahmen geworben und »klare Kante« gegen Rechtspopulismus und Rassismus gezeigt. »Wer hetzt, der fliegt«, hatte der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann im Oktober 2015 erklärt – es flogen daraufhin auch Mitgliedsbücher von Gewerkschafter*innen. Neonazistische Positionen – so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske – verstoßen gegen die Grundwerte der Gewerkschaften und können Ausschlussverfahren zur Folge haben. Überall dort, wo sich Gewerkschaftsmitglieder für die AfD oder vergleichbare rechtspopulistische Parteien und Gruppen engagieren, werde ver.di offensiv die inhaltliche Auseinandersetzung führen. Wer den Rechtspopulisten »das Wasser abgraben« wolle, müsse für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt eintreten, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Als größte zivilgesellschaftliche Mitgliederorganisationen engagieren sich Gewerkschaften für ein offenes, tolerantes und demokratisches Gemeinwesen. Sie stehen damit in einer klaren Widerstandsposition zu einer rechtspopulistischen Ausländer-, Flüchtlings- und Asylpolitik, die nicht nur schlicht Abschottung propagiert, sondern die politisch-soziale Verfassung umzuwälzen gedenkt, wenn an der Stelle des Citoyen ein imaginiertes, ethnisch mystifiziertes »Volk« angerufen und gegen »Establishment« und »Elite« in Stellung gebracht wird. Folgt man den Propagandisten des Rechtspopulismus, schiebt sich vor die soziale Spaltung zwischen dem gesellschaftlichen Oben und Unten die zwischen dem »Volk« und »den anderen«. Damit findet eine Achsenverschiebung statt, die gleichsam der Genesis der Gewerkschaften als Organisation, die Konkurrenz aufhebt, um die soziale Spaltung in Besitzende und abhängig Beschäftigte zumindest einzuhegen, diametral entgegengesetzt ist.

Doch Gewerkschaften stellen nicht nur eine zivilgesellschaftliche Kraft dar. Mit der Interessenvertretung in der Arbeitswelt verfügen sie über ein Alleinstellungsmerkmal, das sie von Sozialverbänden, anderen Nichtregierungsorganisationen und von politischen Parteien unterscheidet. Aber auf welcher Grundlage, auf welchem sozialen Terrain findet die Auseinandersetzung in der Arbeitswelt statt? Schwappen rechtspopulistische oder gar rechtsextreme Vorurteile gleichsam von außen, resultierend aus der Unzufriedenheit mit Gesellschaft und Staat sowie einer aus den Fugen geratenen Globalisierung in die arbeitsweltlichen Lebensbereiche hinein? Ist die Arbeitswelt insofern nur ein »Spiegelbild« der gesellschaftlichen Problemlagen und deren Klassifizierungen? Ist die Weite der Arbeitswelt also kein Terrain, das zu rechtspopulistischen Anschauungen originär beiträgt? Oder gibt es Entwicklungen in der Arbeitswelt, die für das Erstarken des Rechtspopulismus mitverantwortlich sind? Anders gefragt: Weshalb soll in einer Zeit, in der Zukunftsängste den Rechtspopulisten die Wähler*innen zutreiben, die Arbeitsgesellschaft mit all ihren sozialen Gefährdungen und Unsicherheitserfahrungen kein maßgebliches soziales Feld sein?

Diese und andere Fragen waren der Ausgangspunkt für die hier vorliegende Studie. Sie basiert auf einer qualitativen Befragung von Mitgliedern, ehren- und hauptamtlichen Funktionsträger*innen – Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten, Gewerkschaftssekretären, Bevollmächtigten und Vorstandsmitarbeiter*innen und Vorstandsmitgliedern des DGB, von ver.di und IG Metall. Die Befragung umfasst unterschiedliche Produktions- und Dienstleistungsbereiche. Es wurden Erfahrungen und Umgangsformen mit rechtspopulistischen Orientierungen und Aktivitäten in den Betrieben und Gewerkschaften zusammengetragen. Im Zentrum steht die Frage nach den Hintergründen und Einflussfaktoren rechtspopulistischer Auffassungen bei Lohnabhängigen. Weshalb verschieben sich die politischen Präferenzen von Arbeitnehmer*innen in Teilen nach rechts? Warum findet dies in jüngster Zeit verstärkt statt?

Selbstverständlich kann unsere Befragung nur einige Schlaglichter auf die gegenwärtige Situation in den Betrieben und den genannten Gewerkschaften werfen. Aber sie beleuchtet mit der Frage nach einem möglichen betrieblichen Nährboden des Rechtspopulismus eine Leerstelle in Forschung und politischer Debatte.

Wir danken dem Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem europäischen Netzwerk transformleurope für

die inhaltliche Unterstützung und finanzielle Förderung der Untersuchung. Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen von ver.di, der IG Metall und dem DGB, die sich an unseren Erhebungen mit Engagement und Offenheit beteiligt haben. Besonderer Dank gilt den hauptamtlichen Gewerkschaftskolleg*innen, die uns die Seminare vermittelt haben, und den pädagogischen Mitarbeiter*innen und Seminarteilnehmer*innen in den gewerkschaftlichen Bildungsstätten, die uns kostbare Seminarzeit für unsere Gruppengespräche abgetreten haben. Bedanken möchten wir uns auch bei Rita Stark, die die gewohnt sehr sorgfältige Transkription der aufgezeichneten Interviews und Gruppengespräche übernommen hat.

München/Hamburg, Februar 2018

1. Einleitung

1.1 Rechtspopulismus im Aufwind

Der Beginn des 21. Jahrhunderts wird als »Jahrzehnt der Entsicherung und Richtungslosigkeit« charakterisiert. Darunter verstehen die Forscher des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung (Heitmeyer 2012: 19f.) Kontrollverluste der Politik ebenso wie ökonomische Krisen.

Die »neue Autorität des Marktes« hat zu objektiver Unsicherheit und subjektiver Verunsicherung geführt. »Entsicherung« verbindet sich mit »Richtungslosigkeit«, wozu der »Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts« ebenso gehört wie der Ersatz aufklärerischer Debatten durch einen politischen Diskurs, der sich vornehmlich der Floskel bedient, es gäbe keine Alternativen.

Der fragile, durch eine lange Periode sozialer Auseinandersetzungen erkämpfte Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie, wie er für die Nachkriegsjahrzehnte kennzeichnend war, ist zerbrochen. Einst verlässliche Normen und Institutionen haben an Substanz und Legitimität eingebüßt. Parteibindungen und politische Präferenzen haben sich über einen längeren Zeitraum gelockert und verschoben, gleichsam als Vorlauf für schnelle Positionswechsel, Um- und Neugruppierungen in jüngster Zeit. An den rechten Rändern werden die Willensbildungsstrukturen und Schranken der überlieferten Parteiensysteme gesprengt.

Adressatenlose Wut

Man könnte geneigt sein, den Aufstieg der modernen, populistischen Rechten, wie er sich in den jüngsten Wahlen in Europa und in den USA – ebenso wie in der Entscheidung in Britannien für den Brexit sowie in Polen, Ungarn und anderen osteuropäischen Staaten mit elektoralen Mehrheiten – manifestiert, vornehmlich als weltanschaulichen, politisch-programmatischen Vormarsch zu verstehen. Dem widerspricht die Soziologin Eva Illouz: »Trump ist nicht so sehr das Resultat ideologischer Überzeugungen (außer für eine Minderheit), sondern das Resultat einer immensen Wut ohne Adressaten, die sich in der amerikanischen Ge-

sellschaft aufgebaut hat.«¹ Wir waren auf diese »adressatenlose Wut« in unserer ersten Befragungsstudie (Detje et al. 2011) nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2011 gestoßen. Massive Interessenverletzungen mündeten – so einer unser Befunde – nicht nur in Ohnmachtserfahrungen und Fatalismus, sondern lassen in erheblichem Maße Wutgefühle entstehen, die in einer systemischen Krise jedoch nur schwer zu adressieren sind.

In unserer zweiten Krisenstudie (Detje et al. 2013) stellten wir fest, dass sich der Adressatenkreis konturiert hatte. Während das ökonomische Krisengeschehen bereits in den Hintergrund trat, gerieten das etablierte Parteiensystem und dessen Akteure – kurz: das politische Establishment – noch stärker in den Fokus der Kritik. Und heute: Am losen Ende der zuvor nicht adressierbaren Wut entstehen neue Verknüpfungen, sei dies durch die Revitalisierung und Stärkung bestehender rechtspopulistischer Parteien, sei es – wie im Fall Deutschlands – durch deren Neugründung.²

Teile der »Wutbürger« verorten sich neu: auf der Seite des »Volkes«. Rechtspopulistische »Bewegungen« sind Anti-Establishment-Parteien, die vorgeben, für das »wirkliche Volk« zu stehen, das von den »Systemparteien« (so der Jargon auch der AfD) verraten und verkauft worden sei.

¹ »Gefühle sind nicht das Problem«. Interview mit Eva Illouz in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 29.1.2017. www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/soziologin-eva-illouz-spricht-im-interview-ueber-donald-trump-14772303.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

² Hans-Jürgen Bieling (2017: 557) unterscheidet drei Wellen des Aufstiegs der populistischen Rechten in Europa: eine *erste Welle* Anfang der 1970er Jahre, angetrieben von der Kritik am zentralistisch-bürokratischen Wohlfahrtsstaat; eine *zweite* in den 1990er Jahren, deren Speerspitze die Zurückweisung der Vertiefung der europäischen Integration war; schließlich die *dritte Welle* Anfang der 2000er Jahre, die zur Revitalisierung und (teilweisen) programmatischen Neuformierung von Organisationen wie den »Fortschrittsparteien« in Dänemark und Norwegen und des Front National in Frankreich führte, zu Umgründungen wie in Belgien (Vlaams Belang/Lijst Pim Fortuyn) und Österreich (die Umhütungen der FPÖ) sowie Neugründungen wie dem MoVimento 5 Stelle in Italien und der Alternative für Deutschland.

Aufstand gegen den finanzialisierten Kapitalismus!?

In Folge des Langfristprojekts »Deutsche Zustände« wird Rechtspopulismus gefasst als ein »Einstellungsmuster«, bestehend aus »Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Muslimen, Roma und Asylsuchenden, Autoritarismus und Demokratiemisstrauen« (Krause/Küpper/Zick 2015: 46). Signifikant sind zudem enge Zusammenhänge zu Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und ethnischem Rassismus. Im Zeitverlauf wird eine »Radikalisierung« in einem »Dreiklang aus Wut, Verachtung und Abwertung« (ebd.: 11) beobachtet.

Hintergrund dieser Radikalisierung ist, so Nancy Frazer, die schließliche Zurückweisung jener neoliberalen »Arrangements«, die seit den 1980er Jahren Lebensbedingungen nicht nur im gesellschaftlichen Unten, sondern auch gewichtiger Teile der sozialen »Mitte« destabilisiert, wenn nicht gar »zerstört« haben. »In allen Fällen handelt es sich um Absagen an die wirtschafts- und finanzgesteuerte Globalisierung, den Neoliberalismus und die politischen Establishments, die beides förderten. Jedes Mal haben wir es mit einem Nein der Wähler zur tödlichen Kombination von Austeritätspolitik, Freihandel, ausbeuterischen Kredit- und Verschuldungspraktiken sowie prekären, schlechtbezahlten Arbeitsverhältnissen zu tun, die den finanzialisierten Kapitalismus unserer Tage kennzeichnen.« (Frazer 2017: 71)

Frazer verweist auf die soziale Verwüstung jener einstigen »Bastionen der sozialen Demokratie des New Deal«, die als »rust belt« für den Durchbruch von Trump im Electoral College stehen, wie auch auf die Opfer der schließlich im subprime market völlig aus dem Ruder gelaufenen Finanzialisierung des Immobilienmarktes, auf die Prekarisierung der Arbeit und den Niedergang der Lohnarbeit im Kontext neoliberaler Deregulierung, Langzeitarbeitslosigkeit und erzwungenen gewerkschaftlichen Rückzugs (Hochschild 2016).

Sicherlich kann der Aufstieg des Rechtspopulismus in den Kontext der großen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 eingeordnet werden. In den USA, und mehr noch in Europa, waren die wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Krise gewaltig. Einkommen in der Größenordnung des Bruttoinlandsprodukts eines Jahres und mehr wurden vernichtet. Noch ein Jahrzehnt nach dem Ausbruch der Krise der Realwirtschaft und des Finanzsystems sind deren Folgen nicht aufgearbeitet. Doch: Wären die Folgen der großen Krise nach 2007/8 die zentrale Ursache, würde man die größten politischen Verwerfungen dort erwarten, wo die Wohlstands- und Beschäftigungsverluste am schwersten waren.

Doch das ist offenkundig nicht der Fall. Wut und Ressentiments auf die politischen und wirtschaftlichen Eliten sind essenziell für den Aufstieg des Rechtspopulismus, aber keine *unmittelbaren*, keine *direkten* Reflexe von ökonomischen Krisenprozessen.

Im Unterschied zum faschistischen Ansturm auf das politische und wirtschaftliche Establishment in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gibt es heute in den kapitalistischen Gesellschaften aktuell keinen Systemkollaps vergleichbar mit der Weltwirtschaftskrise nach 1929. Dänemark, Schweden, die Niederlande, Österreich, Deutschland und auch Frankreich sind alles andere als Katastrophengebiete.

In anderen Worten: Der Rechtspopulismus in Westeuropa ist zurzeit ein Phänomen relativ wohlhabender Gesellschaften, die allerdings einem dynamischen Prozess sozialer Spaltung unterliegen. Rechtspopulismus gedeiht offenbar insbesondere dort, wo relevante Teile der Bevölkerung das Gefühl haben, dass sie bei Verlängerung des herrschenden Politikmanagements auf der Seite der »Verlierer« zu landen drohen. Repräsentative Umfragen bestätigen, dass ein Großteil der Bürger*innen die persönliche materielle Position noch als passabel bewertet; und doch verursacht der gegenwärtige Kapitalismus gleichsam untergründige Krisenprozesse und Fehlentwicklungen, die sich in Zukunftsängsten niederschlagen.

Anrufung des »Volkes«

In Absetzung zum überlieferten Regime der wirtschaftlichen und politischen Eliten (Establishment) und manifester Ablehnung etablierter Institutionen gesellschaftlicher Kommunikation (»Lügenpresse«) erfolgt eine massive Ausweitung der Anrufungen des »Volkes«, auch wenn unklar bleibt, was und wer damit überhaupt gemeint ist.

»Völkischer« Bezug geht einher mit einem Ethnopluralismus, der ethnische und kulturelle Differenzen ausdrücklich anerkennt. Doch gerade daraus wird eine Politik der Trennung und Abgrenzung abgeleitet: Ein friedliches Miteinander der Ethnien und daraus möglicherweise resultierende Assimilation sei eine Fiktion. Allenfalls deren strikt getrenntes Nebeneinander sei realitätstüchtig. »Ethnopluralismus betont Vielfalt. Jede und jeder soll seine Kultur leben können, aber eben nur bei sich zu Hause. In der Konsequenz läuft angewandter Ethnopluralismus auf eine Welt von Apartheid-Staaten hinaus.« (Dörre 2016: 265) Daraus folgen die Abgrenzung vom Universalismus und die Betonung völkisch-nationaler Identität – ein »Rassismus ohne Rassen«.

Die Bezugnahme auf das »Volk« ist antipluralistisch und antidemokratisch. Um es in einem Bonmot von Habermas zu formulieren: »Das Volk tritt nur im Plural auf« (zit. nach Müller 2016b: 19). Das Charakteristische bei den populistischen Bewegungen und Parteien ist, dass sie einen Alleinvertretungsanspruch anmelden. Sie sehen sich als exklusive Vertreter des »wahren« Volkes. Dessen Anrufung in einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche wirkt im Sinne einer Reduktion von multikultureller Komplexität. Mit der Gegenüberstellung von Elite und Volk gewinnt die politische Abgrenzung von der Logik und Lebensweise des Establishments Konturen und polemische Schärfe. Durch verschwörungstheoretische Argumentationen und Kampagnen werden die unterliegenden Ressentiments verstärkt. Wesentlich ist heute die völkisch grundierte Angst vor einer »Islamisierung des Abendlandes« – ein moderner Mythos ohne empirische Bodenhaftung.

Die Wut auf das Establishment und der antipluralistische Anspruch auf die einzig legitime Vertretung des Volkes machen den *Kern des Rechtspopulismus* aus (Bischoff/Gauthier/Müller 2015).³

Soziale Medien

Wichtig für unsere Erhebung und Auswertung rechtspopulistischer Einstellungen ist: Das Mediensystem der kapitalistischen Hauptländer befindet sich inmitten eines fundamentalen Umbruchs; die Printmedien

³ Gegen die Kennzeichnung der neuen Rechten als »rechtspopulistisch« gibt es verschiedene Einwände. Oskar Niedermayer hat einige von ihnen in vier Punkten zusammengefasst. *Erstens* werde der Begriff in der politischen Auseinandersetzung mittlerweile geradezu inflationär verwendet, obwohl ihm *zweitens* die definitorische Schärfe fehle; *drittens* wird eine Zusammenfassung von Positionen in einem weiten Spektrum von nationalkonservativ bis rechtsextremistisch vorgenommen (die strikt zu unterscheiden seien), was sich *viertens* in der Einebnung der zentralen Konfliktlinien neoliberal/staatsinterventionistisch und libertär/autoritär reproduziere. Dagegen betont Alexander Häusler den programmatisch oft noch fluiden Zustand der neuen Rechten, die gleichwohl »strukturähnliche« Gemeinsamkeiten aufweisen. Dazu gehört zum einen der Alleinvertretungsanspruch eines imaginierten, als ethnisch homogen angesehenen »Volkes«, zum anderen harsche Establishmentkritik vornehmlich in Richtung der »politischen Klasse«. In diesem Sinne »hilft der Begriff des Rechtspopulismus zur Beschreibung und zum Verständnis verbindender Merkmale und Wirkungen unterschiedlicher rechter Parteien und Strömungen« (Bundeszentrale für politische Bildung 2017). Da wir keine Untersuchung der rechten Parteienlandschaft vornehmen und eine präzisere Sezierung der AfD für unsere Zwecke nicht ansteht, beziehen wir uns nachfolgend auf die von Häusler benannten »verbindenden Merkmale« des Rechtspopulismus.

verlieren an Rückhalt und die sozialen Medien haben eine wachsende Bedeutung für den Informationsalltag der breiten Bevölkerungsschichten. Es sind insbesondere die Anhänger der AfD, die sich bevorzugt aus den sozialen Medien informieren und sie zur Kommunikation nutzen, während die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin Fernsehen, Hörfunk und Print, in dieser Reihenfolge, als verlässliche Informationsquellen schätzt (Gäbler 2017: 13). »Aktuell gibt jeder fünfte Deutsche an, sich zu politischen Themen in Deutschland vorwiegend über soziale Netzwerke zu informieren. Besonders hoch sind die Werte mit 34 Prozent unter den AfD-Anhängern.« (YouGov 2017) Führend ist Facebook, gefolgt von Twitter und WhatsApp. Auf Facebook hat die AfD mehr Follower als jede andere Partei.⁴

In unseren Interviews und Gruppengesprächen sind wir darauf in zweifacher Weise gestoßen. Zum einen auf einen durch soziale Medien herbeigeführten neuen Strukturwandel von Öffentlichkeit – wohlweislich vor dem Hintergrund, dass andere betriebliche Kommunikationswege (Betriebszeitungen, Schwarze Bretter, Mitteilungen des Betriebsrats oder der Vertrauenskörperleitung) für rechtspopulistische Propaganda nicht zur Verfügung stehen. Zum anderen aber auch, »um mithilfe der globalisiersten aller Infrastrukturen eigene Kommunikationskreise aufzubauen, in denen sie nicht befürchten müssen, sich von anderen elitär als kulturell und moralisch zurückgeblieben beleidigt zu finden« (Streeck 2017: 263). Im Betrieb hat diese verdeckte Kommunikation eine besondere Schutzfunktion gegenüber gewerkschaftlichen, aber auch unternehmerischen Widerständen i.S. einer nicht-nationalistischen, antirassistischen Corporate Governance (siehe Kapitel 6). Diese verdeckte Social-Media-Kommunikation hat durchaus das Potenzial eines organisationsbildenden Ansatzes: »Die Fülle der Twitter-Tweets, Facebook-Posts und WhatsApp-Chats ersetzt (...) (noch) fehlende ›Vorfeld-Organisationen.« (Legrand 2017: 1)

⁴ Siehe auch die Befunde einer Untersuchung der Universität Oxford mit dem »generellen Befund, dass die AfD den Wahlkampf und die Diskussion im Internet prägt. So führt die rechte Partei etwa auch bei der Zahl der Facebook-Fans und -Interaktionen. Sie liegt auch bei vielen Suchanfragen bei Google vorn. Ein Beispiel: Nach keinem Wahlprogramm wird häufiger gegoogelt als nach dem der AfD. Spiegel online: Oxford-Studie. Warum die AfD den Twitter-Wahlkampf dominiert (abgerufen: 19.9.2017).

1.2 Gewerkschaften und Rechtspopulismus

Fortlaufend aktualisiert liegen Studien über charakteristische autoritäre bzw. rechtsextreme Einstellungsmuster vor, wobei insbesondere die Bielefelder und Leipziger Langzeituntersuchungen hervorzuheben sind. So gelingt es, die Reichweite rechtspopulistischer Anschauungen in der Bevölkerung abzustecken und im Zeitverlauf Verschiebungen und Verdichtungen der Syndromatik (z.B. Rückgang von Ausländerfeindlichkeit bei gleichzeitiger Konzentration auf Muslime, Asylanten) nachzuweisen.

Deutlich wird dabei auch, dass hinter Enttäuschungen und Kränkungen weniger bereits erfolgte Abstiegsprozesse und Abwertungserfahrungen stecken; treibendes Motiv ist vielmehr die *Erwartung* wirtschaftlicher und sozialer Verschlechterung (Decker/Kiess/Brähler 2016: 55), kurzum Zukunftsängste dahingehend, dass es künftig weiter und möglicherweise beschleunigt, aber vor allem irreversibel bergab geht. Vielleicht das Wichtigste: die Sorge, dass es den eigenen Kindern schlechter gehen wird. Diese Ängste finden sich in den unteren Mittelschichten stark ausgeprägt. Das macht die Gefahren noch größer: Die neue Rechte ist sozial weit verankert. Dies schließt große Teile der Gewerkschaftsmitglieder ein. Insofern ist nicht überraschend, dass auch die gewerkschaftliche Basis nicht immun gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen ist.⁵

Aktuelle Hinweise liefern die Wahlergebnisse der jüngeren Vergangenheit in Deutschland. Die rechtspopulistische AfD feierte Wahlerfolge, die nicht zuletzt unter Gewerkschaftsmitgliedern erzielt wurden. So lagen die Zweitstimmenanteile der AfD unter Gewerkschaftsmitgliedern bei den Landtagswahlen 2016/2017 (mit Ausnahme der Wahl in Schleswig-Holstein) durchweg leicht über den Ergebnissen bei nicht gewerkschaftlich Organisierten. Bedeutsam: In Nordrhein-Westfalen, jener Region, die mehr als andere für die Industriegeschichte Deutsch-

⁵ Die neuere repräsentativ ausgelegte Befragungsforschung liefert bei näherer Aufschlüsselung der Merkmale gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit widersprüchliche Befunde. So weisen Decker et al. unter Gewerkschaftsmitgliedern signifikant höhere Werte bei der Befürwortung einer Diktatur und Ausländerfeindlichkeit aus (Decker et al. 2016: 42), während Zick und Küpper (Zick/Küpper 2015: 56f.) zu gegenteiligen Befunden kommen: »Rechtspopulistisch Orientierte ... sind ... seltener Mitglied einer Gewerkschaft. Während von den Befragten, die nicht zum Rechtspopulismus neigen, 17 Prozent angeben, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, sind dies von den rechtspopulistisch Orientierten nur elf Prozent.«

lands und damit auch für gewerkschaftliche Organisationsmacht im 20. Jahrhundert steht, gelang der AfD mit 7,4% ungefährdet der Einzug in den Landtag, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie sich für 9% der Gewerkschaftsmitglieder als Wahlalternative präsentieren konnte (Kahrs 2017). Dies wiederholte sich bei der Bundestagswahl im September 2017, als die AfD unterstützt von 12,6% aller Wähler*innen, aber deutlich stärker von 15% der an der Wahl beteiligten Gewerkschaftsmitglieder in den Bundestag einziehen konnte.

Für Großorganisationen, die mehr als andere für die Überwindung einer »halbierten Demokratie« durch die Demokratisierung auch der Arbeitswelt und damit für einen breiteren Ansatz sozialer und politischer Emanzipation stehen, sind solche Wahlen Alarmsignale:

»Ja, man muss auch unbequeme Fragen stellen. Alleine zuzugeben, dass derselbe Prozentsatz wie in der Gesamtbevölkerung von Gewerkschaftsmitgliedern – das ist doch bitter für uns. Man muss sich dieser Realität stellen.« (I1, 773)⁶

Das ist nicht selbstverständlich: Die Bedingungen der Erwerbsarbeit und daran angelagerte Verteilungskonflikte – Kerngeschäft der Gewerkschaften – stehen gegenwärtig in Deutschland nicht im Zentrum rechtspopulistischer Politik. Ausländer- und Flüchtlingsfragen, Antiislamismus, innere Sicherheit sowie der Protest gegen die politische Elite bilden gegenwärtig deren propagandistischen Kern. Die populistische Rechte in Deutschland hat sich arbeitsgesellschaftlicher Kernthemen bis dato nicht prominent angenommen, auch wenn in den aktuellen Wahlstrategien der AfD sozialpolitischen Themen aufgegriffen werden (Häusler/Roeser 2017). In anderen Teilen Europas ist das anders – allerdings, wie der Front National in Frankreich in der Auswertung der Präsidentschaftswahl 2017 zeigt, verbunden mit höchst strittigen Auseinandersetzungen.

⁶ Die Zitatnachweise folgen der Rubrifizierung der Interviews und Gruppendiskussionen und geben die Fundstelle mit Randziffern wieder. Sie sind entsprechend anonymisiert.

1.3 Arbeitsweltliche Spurensuche

In einer breit angelegten Befragungsstudie waren Zeuner et al. Anfang der 2000er Jahre der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern nachgegangen. Der – wie sie selbst schreiben – »zutiefst irritierende« Befund: »Die (Arbeitnehmer-)Mittelschicht ist dann, wenn sie sich gewerkschaftlich organisiert, erheblich anfälliger für Rechtsextremismus, als wenn sie nicht gewerkschaftlich organisiert ist.« (Zeuner/Gester/Fichter/Kreis/Stöss 2007: 50) Dabei ist nach dem sozio-ökonomischen Status durchaus zu differenzieren. Die »Unterschicht« mit niedrigem Nettoeinkommen und Bildungskapital (Arbeiter*innen, Arbeitslose, Rentenbezieher*innen) weist die mit Abstand höchste Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen auf, ist aber vergleichsweise schwach gewerkschaftlich organisiert. Deutlich darunter liegen die Zustimmungsraten unter »Facharbeiter(n) und gehobene(n) Angestellte(n), die über ein relativ gutes Einkommen und teilweise auch über eine vergleichsweise gute Bildung« verfügen, der so genannten Mittelschicht. Aus ihr rekrutiert sich rund die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder, und: In ihr sind rechtsextreme Einstellungen unter den Organisierten stärker vertreten als unter Unorganisierten (bei der Unterschicht ist das Gegenteil der Fall). »Die maßgeblichen Trägergruppen der Gewerkschaften sind also besonders wenig immun gegen rechtsextreme Ideen; aus ihren Reihen stammt die Hälfte der rechtsextremen Gewerkschaftsmitglieder.« (ebd.: 52)

Der Befund von Zeuner et al. lautet: Erhöhte rechtspopulistische – oder wie sie bevorzugen: rechtsextreme – Einstellungen unter Gewerkschaften haben einen Mittelklassebias. Er ist damit vergleichbar mit dem, was Heitmeyer et al. parallel mit dem Konzept der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« (zuletzt Heitmeyer 2012) bis weit in Kreise der gesellschaftlichen Mitte analysiert hat und anschließend daran in den Bielefelder und Leipziger Untersuchungen Bestätigung fand (Zick/Klein 2014; Zick/Küpper/Krause 2016; Decker/Kiess/Brähler 2016). Doch die Hintergründe bleiben weitgehend unausgeleuchtet. »Hier hilft nur die alte Erkenntnis weiter, dass Faschismus schon immer, so der Soziologe S.M. Lipset, ein ›Extremismus der Mitte‹ war, dass also die Abstiegsängste der Mittelschichten rechtsextremen Bewegungen viel mehr Energie verschaffen als die eher hilflosen Klagen der bereits Abgestiegenen.« (Zeuner et al. 2007: 56) Es handelt sich mithin um Verlust- und Abstiegsängste derjenigen, die noch etwas zu verlieren haben

– ein vielfach belegter Befund, der jedoch sehr im Allgemeinen bleibt und über die virulenten sozialen bzw. den Gewerkschaften naheliegenden arbeitsgesellschaftlichen Kontextbedingungen wenig aussagt.

Allerdings kommt im Fall der Gewerkschaftsmitglieder eine weitere These hinzu: Die Erfahrung der Mitglieder mit der Machtlosigkeit ihrer Organisation. Sozialabbau und soziale Spaltung, Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten und »concession bargaining« im Betrieb sind Zeugnisse für die nachhaltige Erosion gewerkschaftlicher Schutzfunktionen. Dabei geht es nicht nur um materielle Schlechterstellung, sondern ebenso um die Abwertung der einst anerkannten Rolle organisierter Lohnarbeit in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. »Für die passiven Mitglieder führt dieser Frust zur Abwendung von den Gewerkschaften als kompetenten und durchsetzungsfähigen Organisationen. Für nicht wenige mündet er in die – zunächst passive – Hinwendung zu rechten Ideologien.« (ebd.: 57) Neben der sozialen Schichtung – oder anspruchsvoller: der klassenstrukturellen Zuordnung – kommt der Erfahrung erodierter gewerkschaftlicher Machtressourcen also eine wichtige Bedeutung zu. Wir werden darauf in unserer Untersuchung zurückkommen.

Was nun Einstellungsmuster selber anbelangt, belegen Zeuner et al., dass es vor allem die Dimensionen »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« und »Wohlstandschauvinismus« sind, die die höchsten Zustimmungswerte unter rechtsaffinen Gewerkschaftsmitgliedern aufweisen. Näher auseinandergesetzt haben sich damit Forscherteams in einem breit angelegten europäischen Projekt über »sozioökonomischen Wandel, individuelle Reaktionen und die Anziehungskraft der extremen Rechten« (SIREN). Darin wird auf vier Erklärungsansätze abgehoben:

Erstens, das bereits gefallene Stichwort aufgreifend: *Wohlfahrtschauvinismus*. Der individuelle und nationale Wohlstand wird gegen Ansprüche von außen – Schutz- und Asylsuchende, aber auch Arbeitnehmer*innen aus anderen Nationen, die in Unterbietungskonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auftreten – verteidigt. Dies kann durchaus in Opposition zum Neoliberalismus mit einer sozialstaatlichen Orientierung einhergehen. So sind rechtspopulistische Parteien in Skandinavien z.T. vehemente Verfechter eines wohlfahrtsstaatlichen Regimes, allerdings nur für das eigene »Volk«, alle anderen ausgrenzend.

Zweitens *Standortnationalismus*. Dem zufolge hat neoliberale Globalisierung über längere Zeit zu einer Verstärkung nationalistischer Orientierungen in einem Ordnungsschema von Hierarchisierung und Abwertung geführt. Mit der Aufwertung der wettbewerbspolitisch

überlegenen Nation erfolgt die Herabsetzung der anderen. Das rechte Sicherheitsdispositiv wäre also: Selbstaufwertung durch Abwertung anderer. Damit ist – so die weitere These – eine Anschlussstelle für eine nicht klassenspezifische Deutung der erfahrenen sozialen Widersprüche und Interessenverletzungen zwischen In- und Outsiders und damit des Umpolens von der vertikalen zur horizontalen Konfliktachse gefunden.

Ein drittes, aus den beiden vorhergegangenen abgeleitetes Erklärungsmuster macht sich weniger an der Neuaufladung national(istisch)er Orientierungen fest, sondern rückt die *Entfesselung der Konkurrenz* im Zeitalter des Neoliberalismus ins Zentrum. Damit werde der soziale Konflikt in einem vermeintlich neodarwinistischen Sinne als Kampf von Volksgruppen und Ethnien eingeordnet – eine gleichsam naturalistische Umdeutung von Interessenkonflikten.

Schließlich viertens die nicht zuletzt durch die Folgen der Globalisierung erzeugten Abstiegsängste der *Modernisierungsverlierer*. Das Argument: Die Globalisierung führt dazu, dass in den Kernländern des zunehmend entdemokratisierten Kapitalismus das untere Drittel (wenn nicht die untere Hälfte) der Einkommensbezieher*innen nicht mehr am Anstieg des Wohlstandes partizipiert und beständiger Angst um die Sicherheit des Arbeitsplatzes unterliegt.

Noch einmal anknüpfend an diese Befunde resümiert Christoph Butterwegge (2017: 25): »Die für den Rechtsextremismus bzw. -populismus konstitutiven Aus- und Abgrenzungsideologien, vor allem Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus, sind in letzter Konsequenz auf die Konkurrenz zurückzuführen, welche eine notwendige – wohlge-merkt: nicht hinreichende – Bedingung für die Herausbildung entsprechender Handlungsanleitungen und Legitimationskonzepte zur Ausgrenzung von (ethnischen) Minderheiten bzw. Leistungsschwächeren darstellt.« Ins Zentrum der sozial-ökonomischen Ursachenanalyse wird somit die Konkurrenz gerückt, deren »Säurebad« (Marx) ihre systemischen Gegensätze Solidarität, Gerechtigkeit und Humanität zersetzt.

Man könnte daran grundsätzlichere Einwände geltend machen, etwa derart, dass damit auch denkbare nichtkapitalistische Marktordnungen (»Marktsozialismus«) der Gefahr des Rechtspopulismus im gleichem Maße unterliegen würden. Doch das ist hier nicht der Punkt, sondern vielmehr der, dass Konkurrenz hier nur für die Widersprüche der Austauschprozesse steht: sei es zwischen den global und national agierenden Unternehmen oder zwischen den Lohnabhängigen auf dem Arbeitsmarkt. Damit ist aber nur eine Seite des kapitalistischen Repro-

duktionsprozesses in die Analyse einbezogen, während der Arbeits- und Verwertungsprozess selbst nicht weiter durchleuchtet wird. Dabei wäre doch eigentlich dies naheliegend, heißt es doch schon bei Marx: »Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die – Gerberei.« (MEW 23: 191)

Die »Welt der Arbeit« ist bis heute in der Rechtspopulismus-Forschung eine black box. Eine Ausnahme stellen die Arbeiten der von Klaus Dörre geleiteten Forschungsgruppen dar, in denen – neben anderen Zugängen – auch auf die Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeitswelt verwiesen wird, also Restrukturierungen der Arbeitstätigkeiten, die als »bedeutendste Veränderung« charakterisiert werden. »Für alle, deren Leben vom Lohn abhängt, ist es heutzutage nur um den Preis des ›sozialen Tods‹ möglich, sich dem ›Spiel des Wandels, der Mobilität, der ständigen Anpassung und Umschulung‹ zu entziehen (Castel). Auch Stammebelegschaften mit Festanstellung sehen sich ständigen Bewährungsproben ausgesetzt. (...) Standortkonkurrenzen und Umstrukturierungen in Permanenz erfordern immer wieder individuelle Anpassungsbereitschaft, sie sind mit Leistungsintensivierung sowie körperlichen und psychischen Belastungen verbunden, die in der medial inszenierten Jobwunderwelt gar nicht auftauchen.« (Dörre 2018: 9f.) Wenn dies nicht durch solidarisches Klassenhandeln – so die Argumentation in Kürze – aufgefangen wird, greifen Prozesse exklusiver Solidarität, womit zugleich eine politische Neuverortung im rechtspopulistischen Spektrum Konturen annimmt.

Eine weitere Ausnahme stellt eine neue Untersuchung – mit repräsentativem Datensatz – zu »Gründen für rechtspopulistische Orientierung auch unter Gewerkschaftsmitgliedern« von Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Gagné (2017) dar. Der Befund: »Der Arbeitskontext spielt eine wichtige Rolle für die Entscheidung, AfD zu wählen. Bei der Wahlentscheidung ist allerdings weniger die objektive Erwerbssituation von Bedeutung, sondern vielmehr die Sorge um die Gestaltbarkeit der eigenen Erwerbsbiographie in der Zukunft.« (ebd.: 47) Beide Punkte sind festzuhalten. Es geht nicht nur um materielle Verlustängste, sondern ebenso um das »Empfinden, dass die Zukunft (im Arbeitskontext) nicht mehr individuell kontrollierbar und gestaltbar ist« (ebd.), dass die »Aufwertung von Autonomie« wieder zurückgedrängt und »Ver-

antwortung für sich selbst« (ebd.: 14) in ein neues Herrschaftssystem überführt wird. Beides mündet in Kontrollverlust-Erfahrungen. Hierauf ist zurückzukommen.

Kurzum: Das Forschungsfeld⁷ ist groß, auf weiten Strecken ungeklärt, mit deutlichen Lücken versehen. Unser Ansatz besteht darin, eine spezifische Leerstelle in den Blick zu nehmen: das Verhältnis von Rechtspopulismus und Arbeitswelt.

1.4 Engführung: Untersuchungsansatz

Absicht der hier vorgelegten Studie ist es, diese Leerstelle mit einem explorativen qualitativen Untersuchungsansatz zumindest in einem ersten Zugriff zu erschließen. Damit können nicht die quantitativen Lücken geschlossen werden: Befunde darüber, wie viele Gewerkschafter*innen AfD wählen, sind durch qualitative Sozialforschung ebenso wenig zu gewinnen wie nähere Aufschlüsse darüber, in welchen sozialen Klassen, Schichten oder Gruppen der Lohnabhängigen rechtspopulistische oder rechtsextreme Orientierungen stärker verbreitet sind als in anderen (Brenke/Kritikos 2017).

Unsere Fragestellung ist bewusst enggeführt. Rechtspopulismus hat neben verschiedenartigen politischen und kulturellen auch sozio-ökonomische Quellen, die auf der gesamten Bandbreite sozialer Ungerechtigkeit, Spaltungen, Ausgrenzungen und Abstiege verortet sind. Uns geht es um die Frage, ob es im betrieblichen und gewerkschaftlichen Kontext spezifische Gründe dafür gibt, dass rechtspopulistische Orientierungen auch hier eine Verbreitung erfahren. Mehr noch: Gibt es möglicherweise eine arbeitsweltliche »Grundströmung«, ohne die die soziale Verankerung und auch politische Dynamik des Rechtspopulismus nicht zu erklären wären?

Die Relevanz dieser eingegrenzten Fragestellung liegt auf der Hand: Sind es gesellschaftliche Entwicklungen außerhalb der Betriebe, kommt Gewerkschaften im Widerstand gegen den Rechtspopulismus die gleiche, wenn nicht eine geringere Bedeutung zu als anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in der Kommune, Region oder auf dem Terrain der politischen Kultur aktiv sind – der Betrieb wäre ein Schau-

⁷ Wir haben hier nur spezifische Ausschnitte betrachtet und z.B. das breite Feld sozialpsychologischer Ansätze außen vor gelassen.

platz unter vielen. Ganz anders, wenn es spezifische arbeitsweltliche Potenziale rechtspopulistischer Orientierungen gibt. Trifft dies zu, kommen Gewerkschaften herausgehobene, nicht ersetzbare Aufgaben im Kampf gegen völkische, antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen und Aktivitäten zu.

An unsere vorangegangenen Befragungen zum »Krisenbewusstsein« können wir anschließen: Auch in der unteren »Mitte« der Arbeitsgesellschaft, bei den vollbeschäftigten (Fach-)Arbeiter*innen und Angestellten oberhalb prekärer Beschäftigungsverhältnisse, wächst die Wut über die sich in längerer Frist krisenhaft entwickelnden Verhältnisse. Dabei konnten wir soziale Unsicherheit näher eingrenzen: mit einem Krisenverständnis, das nicht vornehmlich zyklisch geprägt ist, sondern Statusgefährdung und ein System permanenter Bewährungsproben durch permanente Restrukturierung in den Unternehmen (Marktsteuerung, indirekte Steuerung) erzeugt. Bereits vor der Mobilisierung der »Wutbürger« durch Pegida und AfD verorteten wir den »Humus« dieser Bewegung und zu erwartender Mobilisierungserfolge. Die Ergebnisse unserer beiden früheren Studien haben so unsere Einschätzung bekräftigt, dass Gesellschaftskritik durch Kritik der arbeitsgesellschaftlichen Erfahrungen fundiert bleibt. Betrieblich basierte Kritik ist näher an den konkreten Konflikten, die Ausdruck des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs von Kapital und Arbeit sind, auch wenn sich dazwischen ideologische Schichten schieben, die dies verdecken oder mystifizieren. Das heißt für die Erklärung des Wut-Bürgers, dass dessen Kritik und Emphase nicht nur durch die sozialen Verwerfungen einer neoliberalen Gesellschaft im generellen Sinn begründet sind, sondern dass rechtspopulistische Anschauungsweisen sich auch aus den Zumutungen der Arbeitsexistenz ergeben. Kurz: dass auch der Rechtspopulismus eine arbeitsgesellschaftliche Grundlage hat.

Es scheint, dass mit der sogenannten Flüchtlingskrise und dem Aufstieg der AfD für die Wut über wachsende soziale Unsicherheit, Abstiegsängste und verweigerter Anerkennung nunmehr mehrere Adressaten existieren: (1) Adressaten, denen gegenüber Vorurteile mobilisiert werden können, (2) Adressaten, die Sprachrohr von Protest sind, und (3) die politischen Eliten als Adressaten – nicht als Lösung, sondern als Spiegel und damit reflexive Verstärkung der Wut.

Es gibt keinen Automatismus zwischen Arbeitswelt und vorurteilsgeladenen, fremden- und demokratiefeindlichen Einstellungen. Durch Konzentration unserer Befragungen auf gewerkschaftlich organisierte

Beschäftigte wollen wir einen Beitrag leisten, zu erkennen, in welchen Zwischenschritten aus den sozialen Nöten der Arbeitsgesellschaft rechtspopulistische Wertorientierungen und entsprechende politische Überzeugungen erwachsen *können*. Bewusst sprechen wir von einem arbeitsweltlichen *Nährboden*, da es hier nicht um Zwangsläufigkeiten gehen kann. Wir wollen Erfahrungen und Umgangsformen mit den unterschiedlichen Spielarten des Rechtspopulismus in Betrieben und Gewerkschaften zusammentragen. Und: Wir wollen spezifischer zu klären versuchen, wie Gegenstrategien angelegt sein können, die zu einer Ausdünnung und Bekämpfung des Rechtspopulismus beitragen.

Der Fokus unserer Untersuchung ist der Betrieb. Diese Ebene wird in den meisten Befragungen zum (arbeits-)gesellschaftlichen und politischen Bewusstsein – auch in den Untersuchungen zum Rechtspopulismus – wenig berührt; arbeitsweltliche Probleme als Entstehungskontext rechter Einstellungen sind nahezu vollständig ausgeblendet, einzig auf die existenziell bedrohliche Lebenslage der Menschen in prekärer Beschäftigung und die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit wird Bezug genommen. Die konkreten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und daraus resultierende Arbeitsbelastungen waren bislang kaum Thema der Rechtspopulismusforschung.

Der Betrieb ist nicht nur Ort möglicher Auseinandersetzungen, sondern zugleich zentraler Erfahrungsraum von gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Orte real vergesellschafteter Arbeit – das ist der immer noch entscheidende Unterschied zu manchen anderen politischen Orten – bieten die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen, (teil-)kollektiv zu verarbeiten und gemeinsame Schlüsse daraus zu ziehen. Umgekehrt zeigen sich im Betrieb nicht nur unterschiedliche Formen von ökonomischer (Krisen-)Betroffenheit, sondern auch mögliche soziale Spaltungslinien und Problemverschärfungen. Auch wenn kollektive Erfahrungs- und Verarbeitungsprozesse durch differenzierende und fragmentierende Arbeits- und Leistungsbedingungen erschwert sind, bleibt die Arbeit im Betrieb sowohl zentraler Ort für Einsichten in soziale Prozesse als auch zentraler Ansatzpunkt für politische Handlungsperspektiven.

Unsere Erhebung bleibt aber nicht auf die betrieblichen Kontextbedingungen beschränkt. Gleichzeitig fragen wir nach generellen Einschätzungen der sozialen und politischen Lage und nach der Rolle der politischen Akteure. Dass dabei die Gewerkschaften eine Schlüsselrolle einnehmen, liegt in der Fragestellung der Studie begründet.

In unserer Erhebung sind wir drei Fragen nachgegangen:

- 1) Inwieweit und in welcher Form treten rechte Orientierungen und Aktivitäten in den Betrieben verstärkt auf?

Hier geht es zunächst darum, das betriebliche Terrain näher zu sondieren: Wo, in welchem Umfang und in welcher Form ist es in der betrieblichen Arbeit zu rechtspopulistischen Meinungsäußerungen, Aktivitäten, Konflikten und Auseinandersetzungen gekommen? Was waren Anlässe und Verlaufsformen? Welche Gegenstrategien wurden diskutiert und angewandt? (*Kapitel 2*) Und: Wie stellt sich die Situation für die Gewerkschaften dar – in welcher Weise sind sie mit dem anstürmenden Rechtspopulismus in den Betrieben und nicht zuletzt in ihren eigenen Reihen konfrontiert? (*Kapitel 3*)

- 2) Haben die Verhältnisse in den Betrieben etwas mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus zu tun? Sind sie Teil des Nährbodens, auf dem rechte Orientierungen und auch eine Partei wie die AfD gedeihen können?

Dieser Fragekomplex zerfällt in zwei Teile: Zum einen haben wir nach den wichtigsten betrieblichen Entwicklungen und Problemschwerpunkten gefragt (*Kapitel 4*) und zum anderen nach der Einschätzung/Vermutung über den Zusammenhang zwischen den betrieblichen Problemen, der daraus entstehenden Unzufriedenheit und der Zunahme rechter Einstellungen (*Kapitel 5*).

- 3) Wie artikuliert sich die Entfremdung gegenüber dem politischen Feld, insbesondere den Parteien? Wann und wie schlägt Kritik an politischen Entscheidungen und Entwicklungen – z.B. in Nachfolge der Agenda 2010 – in Establishmentkritik um? (*Kapitel 6*) Und schließlich: Wo liegen die Schranken bisheriger Gewerkschaftspolitik in Bezug auf den Rechtspopulismus in den Betrieben? Welche neuen Herausforderungen stellen sich ihnen dabei? (*Kapitel 7*)

Im Anhang schildern wir zwei Fälle offensiver rechtspopulistischer Auftritte gegen Gewerkschaften und stellen die »Arbeitnehmervereinigungen« der AfD kurz vor.

1.5 Erhebung, Methoden und Untersuchungsfeld

Eine solche Fragestellung legt einen offenen Erhebungsansatz nahe. Nur mit qualitativen, explorativ orientierten Erhebungsinstrumenten können die unterschiedlichen Einschätzungen von Erscheinungsformen

und möglichen Ursachen rechter Orientierungen und Aktivitäten eingefangen werden. Auf Repräsentativität im statistischen Sinne müssen wir im Gegenzug verzichten.

Vorgehen

Wie schon in den vorangegangenen Studien haben wir unsere Erhebungen schwerpunktmäßig in gewerkschaftlichen Bildungsstätten durchgeführt, dieses Mal ergänzt durch Expert*innengespräche mit hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionär*innen. In den Bildungsstätten haben wir Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensleute und (zumeist gewerkschaftlich organisierte) Betriebsräte befragt, die dort Seminarveranstaltungen besucht haben. Natürlich hat dieser Zugang in erster Linie pragmatische, forschungsökonomische Gründe: Auf keinem anderen Weg erreicht man so schnell eine größere Zahl von Befragungspersonen aus verschiedenen Betrieben mehrerer Branchen.

Auf diese Weise konnten wir uns mit begrenzten Ressourcen einen relativ breiten Einblick in die aktuelle Situation in den Betrieben und Gewerkschaften verschaffen. Auch scheint der Kontext einer Bildungsveranstaltung ideal für eine sozialwissenschaftliche Erhebung: Die Befragten befinden sich in einer vergleichsweise handlungsentlasteten Situation, relativ gesehen zum Arbeitsalltag im Betrieb, zugleich aber bereits thematisch auf interessenpolitische und gewerkschaftliche Fragen fokussiert.

Die Untersuchung erfolgte in zwei Schritten:

- In einem ersten Schritt wurden Expert*innengespräche mit hauptamtlichen Gewerkschafter*innen durchgeführt: aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Geschäftsstellen, Bezirken sowie Vorständen. Aus den Expert*innengesprächen konnten u.a. Hinweise auf Konflikte in gewerkschaftlichen Organisationsbereichen in Ost- und Westdeutschland für tiefer gehende Recherchen gewonnen werden.
- In einem zweiten, nachgelagerten Schritt wurden Gruppengespräche mit Gewerkschaftsmitgliedern, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten durchgeführt. Dabei standen Beobachtungen über rechte Aktivitäten auf der betrieblichen Ebene, die Problemschwerpunkte in den Betrieben und die Diskussion möglicher Gründe für den Aufwind des Rechtspopulismus im Zentrum. Ziel war es, möglichst basisnahe Interessenvertreter*innen zu befragen, die im engen Kontakt zu ihren Kolleg*innen in den Abteilungen

stehen und über eigene Arbeitserfahrung im Betrieb verfügen. Zudem bilden sie das Scharnier zwischen Belegschaft und Gewerkschaft. Wir haben die Befragten in ihrer Doppelrolle – sowohl in ihrer Position als Beschäftigte als auch zu ihrer interessenpolitischen Arbeit – befragt. In die Darstellung der betrieblichen Zustände gingen ihre eigenen Arbeitserfahrungen ein; bei den Schilderungen und Einschätzungen rechter Aktivitäten befanden sie sich in der Rolle des Beobachters. Über rechte Orientierungen und Aktivitäten haben wir also nur *indirekt* über die Beobachtungen und Berichte der Kolleg*innen etwas erfahren – das gilt es immer zu berücksichtigen. Aussagen dazu sind deswegen immer mit Interpretationen verbunden.

Wir sind uns der Fehlerquellen bewusst. Möglicherweise reproduzieren wir verzerrte Wahrnehmungen, die uns berichtet wurden. Wir haben dies im »Gesamtbild« unserer Befragung versucht interpretatorisch auszuschließen. Solange rechtspopulistische oder rechtsextreme Kräfte nicht in breiterer Front organisiert im betrieblichen Kontext aktiv sind, sind wir auf die Berichte der »umstehenden« Kolleg*innen angewiesen. Es führt u.E. möglicherweise nicht sehr viel weiter, »Originalton« von Rechtspopulist*innen oder -extremist*innen einzufangen, solange es sich bei ihnen gleichsam um »Exoten« in einem sehr spezifischen, nicht verallgemeinerbaren (ostdeutschen) Milieu handelt.

Unsere Herangehensweise weist auch Vorteile auf. Zumindest kurssorisch zeigen unsere Interviews und Gespräche, welche Verbreitung und welchen Stellenwert das Thema Rechtspopulismus im betrieblich-gewerkschaftlichen Kontext erlangt hat. Ferner: Die Frage, wie man mit Rechtspopulismus im Betrieb umgeht, muss letztlich immer vonseiten der maßgeblichen Akteur*innen in den Belegschaften, Vertrauenskörpern und Betriebsräten beantwortet werden. Hier bieten unsere Interviews Material, das ausgewertet werden kann. Und last but not least: Es sind unsere Interviewpartner*innen, die die Auseinandersetzung mit der neuen Rechten in den Betrieben führen müssen. Wie sie darüber denken, ist maßgeblich für realitätstaugliche Gegenstrategien.

Erhebungsinstrumente

Für die Sondierungsgespräche mit hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionär*innen und betrieblichen Interessenvertreter*innen wurde als Instrument das *leitfadengestützte qualitative Interview* eingesetzt. Ziel war es hier, möglichst breite Informationen über rechtspopulistisch zu verordnende Aktivitäten und Konflikte einzuholen. In ihnen ging es

auch darum, deren Hintergründe und organisationspolitische Bearbeitung zu durchleuchten. Darüber hinaus dienten die Gespräche dazu, eine Einschätzung von organisationspolitischen Defiziten (z.B. Rückgang politischer Bildungsarbeit) für das Erstarken des Rechtspopulismus zu erkunden und mögliche Gegenstrategien zu diskutieren. Aus den Expert*innengesprächen konnten auch Hinweise für das Sample gezogen werden: So konnten betriebliche Kontexte und Geschäftsstellen ausgemacht werden, in denen es zu Konflikten gekommen ist, die auf rechtspopulistische Aktivitäten zurückgehen. Zum Teil ergaben sich daraus auch Zugänge für Gruppengespräche in Bildungsstätten.

Den Expert*innengesprächen lag ein grob strukturierter Leitfaden zugrunde, der an die jeweilige Gesprächssituation angepasst wurde. Die Interviews dauerten bis zu zwei Stunden, wurden aufgezeichnet und transkribiert.

Als zweites Instrument haben wir das *leitfadengestützte Gruppengespräch* eingesetzt. Dieses Instrument ist ein Mix aus Gruppendiskussion und Interview: Es nutzt das Setting der Gruppendiskussion, die offene Gesprächsführung und die Diskussion von Anreizen wird jedoch mithilfe eines Leitfadens ergänzt, um auch systematische Informationen einzuholen. Die Befragten entstammen insofern aus Realgruppen (einer Gewerkschaft, aber aus unterschiedlichen Betrieben und Regionen), da sie gemeinsam an gewerkschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen, in deren Anschluss wir sie befragt haben. Die Gruppen wurden also nicht extra für die Erhebung zusammengestellt. Die bei künstlichen Gruppen typische Phase des Kennenlernens und der Orientierung der Diskussionsmitglieder entfiel damit. Allerdings sind die Befragungspersonen mehrheitlich keine Kolleg*innen im selben Betrieb, Vertrauensleutkörper oder Betriebsrat, sie teilen überwiegend keine gemeinsame alltägliche Arbeitspraxis. Ebenso wenig konnten wir davon ausgehen, dass sie bereits gemeinsam eine besondere Gruppenmeinung zu unseren Untersuchungsthemen ausgebildet hatten; sie haben in der Erhebungssituation also eher individuell bestehende Meinungen und Positionen artikuliert (und aktualisiert, vielleicht in Teilen im Diskussionsprozess auch revidiert). Den Gruppendiskussionen lag ein grober Leitfaden mit einzelnen Thesen als Diskussionsanreiz zugrunde. Sie dauerten jeweils ca. zwei Stunden, wurden aufgezeichnet und transkribiert.

Untersuchungsfeld

Im ersten Untersuchungsschritt haben wir *19 Expert*innengespräche* mit hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionär*innen von ver.di, IG Metall und DGB durchgeführt. Davon sind sechs Gesprächspartner*innen im gewerkschaftlichen Bildungsbereich tätig (im Vorstandsbereich und in Bildungseinrichtungen). Neun Gesprächspartner*innen kamen aus regionalen Gliederungen der beiden Gewerkschaften: aus Niedersachsen, Baden-Württemberg, Thüringen, Sachsen und Bayern. Außerdem haben wir Interviews mit drei Vertreter*innen des DGB durchgeführt (Bundesvorstand, Bayern und Sachsen)

Die *Gruppengespräche* fanden in den Bildungsstätten der IG Metall in Sprockhövel und Springe und in Bildungsstätten von ver.di in Brandenburg, Gladenbach und Saalfeld statt. Außerdem gab es zwei Gesprächsrunden in einem externen Tagungsort von ver.di und IG Metall in Bayern. Die Teilnehmer*innen der Gesprächsrunden nahmen an unterschiedlichen gewerkschaftlichen Seminaren teil und konnten sich nach Vorstellung unserer Studie entscheiden, ob sie sich für ein Gruppengespräch zu Verfügung stellen. Es gab also keine Vorauswahl unsererseits nach irgendwelchen Kriterien, sondern die Auswahl war freiwillig und zufällig. Die regionale Zusammensetzung war zwar durch den Ort der Bildungsstätte beeinflusst, aber nicht prägend: Die Teilnehmer*innen eines Seminars kamen aus mehreren Bundesländern, meistens jedoch waren sie auf ein oder zwei Länder konzentriert. Es gab eine Gesprächsrunde in Ostdeutschland und auch einige Teilnehmer*innen aus Ostdeutschland in Gesprächsrunden in Westdeutschland, aber wir hatten Schwierigkeiten, mit unserem Thema an Seminarveranstaltungen in Ostdeutschland anzudocken. Uns wurde von Teamer*innen erklärt, dass sie befürchten, mit dem »hoch emotional besetzten Thema« den Ablauf ihres Seminars zu gefährden. Deswegen konnten wir die Situation in Ostdeutschland nicht so ausführlich erfassen, wie wir es ursprünglich wollten. Auch die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen nach Branchen und Betriebsgrößen(-arten) ergab sich mehr oder weniger zufällig, da wir in den meisten Fällen an gewerkschaftliche Seminare andockten, die nicht branchen- oder betriebsbezogen waren. Dennoch gab es einige Gesprächsrunden, die von einer oder zwei Branchen/Unternehmen geprägt waren.

Wir haben insgesamt *14 Gruppengespräche* mit im Schnitt sieben Teilnehmer*innen durchgeführt (insgesamt 95 Teilnehmer*innen). Im IG Metall-Organisationsbereich waren folgende Industrien vertreten:

ein großes Automobilwerk, zwei große Automobilzulieferer (mehrere Werke), ein Stahlwerk, eine IT-Firma, ein Luftfahrtunternehmen, mehrere kleinere Metallbetriebe (darunter auch Zulieferer für die Automobilindustrie). Insgesamt waren 36 Industriebeschäftigte aus 20 Betrieben einbezogen.

Bei ver.di waren folgende Dienstleistungsbereiche vertreten: Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, mehrere Logistiksparten, diverse Bereiche des Öffentlichen Dienstes, Kliniken, Sonstige. Insgesamt waren 59 Dienstleistungsbeschäftigte aus 25 Betrieben einbezogen.

Im Metallbereich waren von den Teilnehmern 29 männlich und acht weiblich. Im Dienstleistungsbereich waren 35 männlich und 24 weiblich.

Die Altersgruppen waren sehr gemischt, eine Gruppenrunde bestand aus Auszubildenden. In der Qualifikationsstruktur überwog das mittlere Segment (Facharbeiter*innen, Angestellte, z.B. Kundenberaterin). An den Gesprächsrunden nahmen auch Beschäftigte mit Migrationshintergrund teil.

Insgesamt waren 114 Personen in die Erhebung einbezogen.

Die folgende Ergebnisdarstellung bemüht sich – wie schon in den Vorgängerstudien – um eine detail- und materialreiche Darstellung, bei der die Befragten ausführlich selbst zu Wort kommen: Wir stellen in eher unüblich umfangreicher Weise Zitate aus den Gesprächen dar. Die Gesprächsausschnitte sind im Original-Wortlaut belassen und zeigen damit die Lebhaftigkeit der gesprochenen Sprache. Wir sehen uns in unserer Rolle als Wissenschaftler*innen nicht als die Expert*innen oder Dolmetscher*innen, die die Aussagen der betrieblichen Kolleg*innen zu »übersetzen« hätten, sondern möchten die Betroffenen möglichst umfassend selbst zu Wort kommen lassen. Unsere Interpretationen und Folgerungen, die wir ziehen, sind als Hypothesen zu verstehen, die noch einer breiten empirischen Überprüfung bedürfen. Trotz dieser Vorläufigkeit hoffen wir, Anregungen für die gewerkschaftliche und politische Diskussion und zur weiteren Reflexion über die arbeitsweltlichen Hintergründe des Rechtspopulismus geben zu können.